

## Die blockierte Republik

VON JOSEF JOFFE

„Wäre tun so leicht, als wissen, was gut zu tun ist“, läßt Shakespeare seine Porzia im *Kaufmann von Venedig* sagen, „so wären Kapellen Kirchen geworden, und armer Leute Hütten Fürstenpaläste.“ Zuvor hatte sie noch gespottet: „Gute Sprüche, und gut vorgetragen!“

Die feinen Predigten gibt es zuhauf in diesem Lande, vom Präsidenten der Republik bis zum Präsidenten des BDI, und die Probleme sind bekannt. Deutschland leidet an hoher, scheinbar unbezwingbarer Arbeitslosigkeit, die den Stand von 1932 erreicht hat. Die Kassen sind leer, das Defizit wächst. Die Steuern sind zu hoch, und die Investitionen zu niedrig. Im Ausland höhnen sie, daß Deutschland eine Staatswirtschaft mit angehängtem Privatsektor sei – nicht ganz falsch angesichts einer Staatsquote (alle öffentlichen Ausgaben), die mehr als die Hälfte des Sozialprodukts ausmacht.

### Grausame Statistik

Bei der Diagnose kommt man trotz aller Einwände schlecht an einer grausamen Statistik vorbei: sie gilt auch für die gesamte EU. Von 1960 bis 1994, so die OECD, ist die Staatsquote von 35 auf über 50 Prozent gewachsen, die Haushalts-Bilanz aus dem Überschuß-Bereich ins Fünf-Prozent-Defizit gerutscht. Weitere schlechte Nachrichten: Die Arbeitslosigkeit ist von 2,3 auf 9,6 Prozent geklettert (heute: zwölf Prozent). Produktivitätzuwachs, der höhere Löhne zeugt? Runter von 4,4 auf 0,7 Prozent. Die Kosten für die soziale Sicherung? Rauf von 11,4 auf 18,4 Prozent.

Die Statistiker sprechen bei derlei Verkettungen vorsichtig von „Korrelation“, scheuen sich also, „Ursache“ und „Wirkung“ zu nennen. Gewiß darf man einwenden, daß zwischen der nassen Straße und dem Regen bloß der Zufall oder ein Sprengwagen liegt. Nur: In 98 von 100 Fällen ist der Regen die Ursache. So ist es auch in der Wirtschaft. Diese floriert nicht, wenn Staatsausgaben und Steuern anschwellen. Die Sowjetunion ist das brutalste Beispiel; sie brach einfach zusammen. Umgekehrt können sich die „Tiger“ und „Drachen“ in Asien niedriger Staatsausgaben und hohen Wachstums rühmen. Dito Amerika, England und Australien. Ausnahme Holland? Noch ein wenig Geduld.

Die Deutschen schaffen nicht, was die „Beelzebuben“ Reagan in den USA und Thatcher in England vollbracht haben – den drastischen Steuerschnitt und die Entregulierung der Märkte. Sie scheinen unfähig zu sein zum kühnen Kurswechsel. Steuerreform? Blockiert und zumindest scheintot. Universitätsreform? Auch sie wird langsam, aber sorgfältig zermahlen zwischen Bund und Ländern, Professorat, Beamtenschaft und Studenten-Funktionären. „Es muß etwas geschehen, aber es darf nichts passieren“, ist die nicht so geheime Parole, die den deutschen Menschen 97 animiert.

Liegt es am Regierungssystem, wie BDI-Chef Henkel jüngst monierte – am Verhältniswahlrecht und am Föderalismus? Blockiert das GG die Republik? Ganz so offenkundig ist die Sache nicht. Amerika pflegt

einen dezidierten Föderalismus als Deutschland, und doch ist es viel beweglicher. Die USA haben zwar ein Personenwahl-System, das klare Mehrheiten auswirft, aber auch das beSystem der *checks and balances*. Meistens landet die Partei A im Weißen Haus, während die Partei B die Macht im Senat und/oder im Unterhaus gewinnt. Dito bei den Gouverneuren.

Auf England mag das Rezept noch am besten passen. Da herrscht ein zentralistischer Staat mit klaren Mehrheiten, ohne Koalitions- und Kungelzwang. Nur: Trotzdem war auch England bis 1979 aufs heftigste blockiert. Die Verkrustungen, die uralte Wirtschaftskrise, die Thatcher erbt, waren ja ebenfalls unter diesem Regierungssystem gewachsen.

Warum also die Selbstblockade der Republik? Richtig ist, daß das Verhältniswahlrecht schwerfällige Koalitionen zeugt, daß der Föderalismus die Entscheidungszentren vermehrt. Aber der Umkehrschluß zieht nicht, jedenfalls nicht alleine. Die Deutschen haben sich in ihrem Haus so eingerichtet, weil sie nach Hitler die Konzentration der Macht zu recht fürchteten. Sie haben die „Gleichschaltung“ erlebt und sich deshalb in den Pluralismus der Gruppen und Verbände geflüchtet. Das gilt für das gesamte Gemeinwesen, gerade in der Gefolgschaft des BDI-Chefs Henkel. Auch der deutsche Kapitalismus wird von Koalitionen, genannt: Vorstände, regiert. Ein starker Mann wie Lou Gerster, der den maroden IBM-Konzern in ein paar Jahren wieder an die Spitze gehievt hat, ist bei Siemens nicht vorstellbar.

Die Deutschen sind mit diesem Konsens-System vierzig Jahre lang sehr gut gefahren. Hier erblühte sowohl der öffentliche als auch der private Reichtum. Freilich schlummert gerade im Langzeit-Erfolg der Wurm. Aus dem feinen Konsens-System hat sich eine Veto-Diktatur geschält. Jeder kann jeden blockieren, so er nur gut organisiert ist, aber niemand seine eigenen Ziele durchsetzen. Wenn Wandel absolut unumgänglich ist, dann nur mit Entschädigungsvorbehalt.

Genau so wie das deutsche Vorstandsweisen funktioniert das Gruppen-Veto, der Kompromiß-als-Kuhhandel, am besten in guten Zeiten. Da kann man Peter etwas geben, ohne Paul etwas zu nehmen. Wenn aber in schlechten Zeiten erst das Gremien-Gerangel entscheidet, um wieviel Grad das Steuer gedreht werden darf, dann wird der Tanker irgendwann auf den Eisberg treffen. Warum der Kapitän nichts tut? Erstens, weil er anders als der US-Präsident nicht wirklich der Steuermann ist. Zweitens, weil unser System die Thatchers und Reagans nicht nach oben befördert. Drittens, weil ein Kohl just der Mann ist, den wir uns insgeheim wünschen – als perfekten, weil berechenbaren Repräsentanten der Gremien-Demokratie. Es gib keine Überraschungen und keine Ausreißer.

### Utopische Reformen

Ist aber nicht Holland just eine solche Konsens-Demokratie? Und doch ist die Arbeitslosigkeit dort nur halb so hoch wie hier. Aber schauen wir genauer hin. In zehn Jah-

ren haben die Holländer die Staatsquote um zehn Prozentpunkte reduziert; hier wächst sie. Die Löhne sind im Vergleich zu den Hochspringern Frankreich und Deutschland nur mäßig gestiegen. Das Arbeitslosengeld wurde schon 1985 gekappt; seit 1995 gibt es gar keine Unterstützung für jene, die auf Arbeit verzichten wollen; zwei Halbtagsarbeiter sind billiger als ein ganztägiger. Mithin: Obwohl die Holländer noch konsensstüchtiger sind als die Deutschen, schaffen sie Reformen, die hier fast utopisch anmuten.

Warum? Man muß annehmen, daß es den Deutschen in Wahrheit so schlecht (noch) nicht geht. Daß zwölf Prozent Arbeitslose

keine Revolte auslösen, mag mit einer Schattenwirtschaft zu tun haben, die reichlich Arbeit bietet. Die legendäre Sparquote der Deutschen hat zudem viele breitgestreute Polster interlassen. Ganz schlicht: Hier herrscht noch nicht das Krisenbewußtsein, das in Amerika, Holland und England Anfang der Achtziger mit Händen zu greifen war. Egal, ob Mehrheits oder Verhältniswahlrecht, kamen Regenten ans Ruder, die sich bei der Wende im Einklang mit dem Wahlvolk wußten. Man darf hoffen, daß es hier schlimmer nicht wird. Man muß aber fürchten, daß erst der Schock die Veto-Demokratie deblockiert.